

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2024

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
EU-Parlament einigt sich auf Haushaltsentwurf für das Jahr 2025.....	1
Designierte EU-Kommissar:innen beantworten Fragen des Europäischen Parlaments	1
EU-Ratsvorsitz hat CSA-Verordnung von der Tagesordnung genommen	2
EU-Rat: Richtlinien über Europäischen Behindertenausweis und EU-Parkausweis für Behinderte.....	2
EESC: Position zu Work-Life-Balance und Langzeitpflege.....	2
EU-Kommission veröffentlicht nationale Umsetzungsberichte zur EU-Langzeitpflegestrategie	3
Europäischer Ausschuss der Regionen: Bericht zur Lage der Regionen und Städte in der EU.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Italien: Neues Gesetz stellt Nutzung von Leihmutterschaft im Ausland unter harte Strafen.....	3
Polen: Regierung will alkoholische Getränke in Verpackungen typischer Kinderprodukte verbieten	3
Norwegen: Regierung will Mindestalter für soziale Medien auf 15 Jahre anheben.....	4
Spanien: Regierung bereitet Legalisierung von Hunderttausenden Migrant:innen vor	4
Weitere Nachrichten	4
WHO und UNICEF: zweiter Teil der Impfkampagne gegen Kinderlähmung in Nord-Gaza verschoben	4
23 NGOs fordern Stärkung des Kommissionspostens für Gleichheit und Antidiskriminierung	4
COFACE Families Europe: Aufruf zu mehr Anerkennung und Unterstützung für pflegende Angehörige	5
Neue Coalition for Fertility soll für eine inklusive Fruchtbarkeitsbehandlung kämpfen.....	5
Berichte und Studien	5
Studie zur zeitlichen Verschiebung von Meilensteinen des Lebens in Europa	5
Ausschuss für Sozialschutz: Bericht zur sozialen Leistungsfähigkeit und Langzeitpflege in der EU.....	5
Eurostat: Equality statistics in the European Union – 2024 edition	6
rEUsilience: Armutsprävention durch Steuer- und Sozialleistungssysteme in sechs Ländern	6
OECD: Langzeitpflege kostet Pflegebedürftige 70 % ihres Einkommens.....	6
International Network on Leave Policies and Research: 20. Bericht zu Familienzeitpolitiken.....	6
Studie über nationale Strategien der Familienpolitik und ihre Auswirkungen auf die Fertilität	7
UNICEF: Familien in Europa zusammenhalten anstatt Kinder von ihren Familien zu trennen	7
Toy Industries of Europe: 80 % der online von Drittanbietern verkauften Spielzeuge unsicher	7
Studie: Steigende Hitze schadet der mütterlichen und reproduktiven Gesundheit.....	7
Lancet-Kommission: vorzeitige Todesfälle bis 2050 halbieren, inkl. Haupttodesursachen für Kinder	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

EU-Parlament einigt sich auf Haushaltsentwurf für das Jahr 2025

Der Haushaltsentwurf umfasst 201 Milliarden Euro. Das Europäische Parlament hat nun bis Mitte November Zeit, in Verhandlungen mit dem Ministerrat zu treten und eine Einigung mit diesem über den kommenden Haushalt 2025 zu erzielen, der anschließend vom Parlament verabschiedet werden muss.

Designierte EU-Kommissar:innen beantworten Fragen des Europäischen Parlaments

Die Kandidat:innen für die neue Kommission haben vor ihren mündlichen Anhörungen schriftlich Fragen des Parlaments beantwortet. Wir haben die Antworten hier für die Familienpolitik ausgewertet.

Die designierte Exekutiv-Vizepräsidentin Roxana Mînzatu soll für „Menschen, Kompetenzen und Vorsorge“ zuständig sein, was gute Arbeitsplätze und soziale Rechte einschließt. Sie werde einen ambitionierten Umsetzungsplan für die Europäische Säule der sozialen Rechte sowie die erste EU-Strategie gegen Armut entwickeln. Diese solle an den Ursachen der Armut ansetzen und einen neuen Impetus für die Verminderung der Armut und insbesondere der Kinderarmut in der EU geben. Die Stärkung der Europäischen Garantie für Kinder werde eine Priorität sein, insbesondere dabei, die Lücke in der Zugänglichkeit von Dienstleistungen für in Armut lebende Kinder zu schließen. In der Umsetzung der Europäischen Pflegestrategie (s. [AGF-EuropaNews 12/22](#)) wolle sie die Situation sowohl der Pflegebedürftigen als auch der Pflegekräfte verbessern.

Die designierte Kommissarin für Vorsorge und Krisenmanagement sowie Gleichberechtigung, Hadja Lahbib, will die Verabschiedung der neuen Gleichbehandlungsrichtlinie durch den Ministerrat erreichen und die Richtlinien für Work-Life-Balance und gegen Gewalt gegen Frauen (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 4/24](#)) vollständig umsetzen (einschließlich Cybergewalt). Sie werde EU-Strategien für Geschlechtergerechtigkeit, LGBTQ-Gleichberechtigung und Antirassismus ausarbeiten sowie zu den Themen Equality-Mainstreaming, Hasskriminalität, Cyberbullying und sexueller Kindesmissbrauch mit den anderen Kommissar:innen zusammenarbeiten.

Die designierte Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission Henna Virkkunen – zuständig für technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie – begrüßte die laufenden Untersuchungen gegen TikTok, X, Facebook und Instagram in Bezug auf süchtig machende Designs, dunkle Muster (Dark Patterns, z. B. Abofallen) und den Schutz von Minderjährigen (s. [AGF-EuropaNews 5/24](#)). Falls sie bestätigt werde, werde sie nicht davor zurückschrecken, entschlossene Maßnahmen gegen Big Tech zu ergreifen. Diese Themen seien Prioritäten für die Umsetzung des Digital Services Act (DSA) sowie für den künftigen Digital Fairness Act. Bis Sommer 2025 wolle sie die DSA-Leitlinien für den Schutz Minderjähriger entwickeln, die mit der Einführung einer datenschutzkonformen Altersverifizierung verbunden werden sollen.

Der designierte Kommissar für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit, Michael McGrath, nannte als oberste Prioritäten den Schutzschild für Demokratie und den Digital Fairness Act, der Verbraucherschutz und süchtig machendes Design behandeln solle und möglicherweise auch die im Rat blockierte ePrivacy-Richtlinie ersetzen könnte (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 4/24](#)). Er wolle dafür sorgen, dass die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) durchgesetzt werde und auf sich ändernde Bedürfnisse, einschließlich Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit, reagiere. Er setze sich außerdem dafür ein, dass die anhängige Verordnung für die EU-weite Anerkennung der Elternschaft verabschiedet werde (s. [AGF-EuropaNews 12/23](#)).

Der designierte Kommissar für Inneres und Migration, Magnus Brunner, will im Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch erreichen, dass die hierfür vorgeschlagene Verordnung (CSAR) und Richtlinie angenommen

werden (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 9/24](#)). Er ging nicht auf die Frage des LIBE-Ausschusses ein, wie dabei der Schutz der Privatsphäre gesichert werden soll. Er bekräftigte sein uneingeschränktes Engagement für die Umsetzung des Asyl- und Migrationspakts (s. [AGF-EuropaNews 5/24](#)), ohne die aktuell diskutierte Frage von Rückkehrzentren außerhalb der EU anzusprechen.

Der designierte Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport, Glenn Micallef, werde einen Aktionsplan gegen Cyberbullying ausarbeiten und die EU-Kinderrechtsstrategie umsetzen.

Der designierte Kommissar für Energie und Wohnungswesen, Dan Jørgensen, werde den ersten Europäischen Plan für bezahlbares Wohnen entwickeln, um die Situation von Familien und jungen Menschen zu verbessern.

Im November werden die mündlichen Anhörungen der Kandidat:innen stattfinden. Sobald es für alle Positionen bestätigte Kandidat:innen gibt, erfolgt die Blockwahl der gesamten Kommission durch das Parlament. Ab dem 1. November ist die derzeitige Kommission nur noch geschäftsführend im Amt.

- [EU-Parlament: Anhörungen zur Bestätigung der Europäischen Kommission](#) – Antworten  

EU-Ratsvorsitz hat CSA-Verordnung von der Tagesordnung genommen

Unter den Mitgliedstaaten gibt es weiterhin nicht die erforderliche Mehrheit für die neue Verordnung gegen Online-Material von sexuellem Kindesmissbrauch (CSAR, s. zuletzt [AGF-EuropaNews 9/24](#)). Daher wurde die für eine Sitzung des Ministerrats vorgesehene Abstimmung erneut verschoben. Die Niederlande hatte angekündigt, nach wie vor gegen die Vorlage zu votieren, und dafür Gründe des Datenschutzes und der technischen Machbarkeit angeführt.

EU-Rat: Richtlinien über Europäischen Behindertenausweis und EU-Parkausweis für Behinderte

Der Ministerrat hat zwei Richtlinien einstimmig angenommen, die die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der EU verbessern sollen: den Europäischen Behindertenausweis und den Europäischen Parkausweis für Menschen mit Behinderungen (s. [AGF-EuropaNews 11/23](#)) sowie deren Ausweitung auf Nicht-EU-Bürger:innen. Ziel des Europäischen Behindertenausweises ist es, einen in der gesamten EU anerkannten Nachweis über einen Behindertenstatus einzuführen. Bei Kurzaufenthalten in der EU garantiert die „European Disability Card“ den gleichen Zugang zu örtlich geltenden Sonderkonditionen. Mit der Richtlinie wird zudem ein Europäischer Parkausweis eingeführt, der eine einheitliche Formatvorlage für die gegenseitige Anerkennung in den Mitgliedstaaten gewährleisten und EU-weit den Zugang zu reservierten Parkplätzen ermöglichen wird. Mit einer weiteren Richtlinie werden diese Ausweise auch für Nicht-EU-Bürger:innen verfügbar sein, die sich rechtmäßig in einem EU-Land aufhalten.

- [EU-Rat: Richtlinie zur Einführung des Europäischen Behindertenausweises](#) 
- [EU-Rat: Richtlinie zur Ausweitung des EU-Behindertenausweises auf Drittstaatsangehörige](#) 

EESC: Position zu Work-Life-Balance und Langzeitpflege

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) unterstreicht die dringende Notwendigkeit, Strategien für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter Berücksichtigung des demografischen Wandels, neuer Arbeitsformen, flexibler Arbeitsregelungen und des steigenden Pflegebedarfs anzupassen. Mit Blick auf die steigende Nachfrage nach Pflegedienstleistungen empfiehlt er dem Rat, die Kommission aufzufordern, eine Care Toolbox mit Indikatoren für die Langzeitpflege zu entwickeln. Er hebt hervor, dass trotz einiger Fortschritte Frauen

immer noch den größten Teil der unbezahlten Pflegearbeit leisten, was zur „Feminisierung der Armut“ beitrage, da Frauen ihren Arbeitsplatz aufgeben oder ihre Arbeitszeit reduzieren, um Angehörige oder Kinder zu pflegen.

- [European Economic and Social Committee \(EESC\): Ensuring a needs-based work-life balance for all](#) 

EU-Kommission veröffentlicht nationale Umsetzungsberichte zur EU-Langzeitpflegestrategie

Alle 27 Mitgliedstaaten haben ihre Fortschrittsberichte zur Umsetzung der Ratsempfehlung zur Langzeitpflege eingereicht, und die Europäische Kommission hat diese nun veröffentlicht. Die Berichte enthalten verschiedene Maßnahmen zur Förderung sowohl der professionellen Pflege als auch der Unterstützungsmaßnahmen für familiäre/informelle Pflegekräfte. Feedback kann an das Sekretariat der EU-Kommission sowie an die Langzeitpflegekoordinator:innen im jeweiligen Land gerichtet werden.

- [EU-Kommission: Country Reports on the implementation of ... high-quality long-term care](#) 

Europäischer Ausschuss der Regionen: Bericht zur Lage der Regionen und Städte in der EU

Anlässlich der Europäischen Woche der Regionen veröffentlichte der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) seinen Jahresbericht zur Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union. Demnach waren in Europa 2023 fast 100 Millionen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Mieten in der EU betragen Ende 2023 fast 25 % mehr als Anfang 2010, und die durchschnittlichen Kosten für ein Haus sind von 2010 bis Mitte 2023 um fast 50 % gestiegen. Darüber hinaus sind 47 % der Europäer:innen zwischen 18 und 34 Jahren immer noch gezwungen, bei ihren Eltern zu wohnen. Das Vertrauen der Bürger:innen in die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften erreichte 2024 mit 60 % den höchsten Wert unter allen Regierungsebenen.

- [Europäischer Ausschuss der Regionen: Lage der Regionen und Städte 2024](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Italien: Neues Gesetz stellt Nutzung von Leihmutterschaft im Ausland unter harte Strafen

Zusätzlich zu dem bereits geltenden Verbot von Leihmutterschaft hat das italienische Parlament nach langer Debatte ein Gesetz verabschiedet, das die Nutzung von Leihmutterschaft im Ausland stark bestraft. Italiener:innen, die in Ländern, in denen Leihmutterschaft legal ist, eine Leihmutterschaft nutzen, müssen mit bis zu zwei Jahren Gefängnis und bis zu 1 Million Euro Geldstrafe rechnen. Die Regierungskoalition sieht in dieser Angelegenheit eine Möglichkeit, sowohl die potentiellen Leihmütter im Ausland als auch die Beziehung zwischen biologischen Eltern und ihren Kindern zu schützen.

Polen: Regierung will alkoholische Getränke in Verpackungen typischer Kinderprodukte verbieten

Als Reaktion auf die neuen Alkoholprodukte in Polen hat das Gesundheitsministerium einen Gesetzentwurf mit Änderungen der Vorschriften für den Alkoholverkauf vorgelegt, die sich insbesondere auf die Verpackung beziehen. In den letzten Wochen sind in Tuben und Beuteln verpackte Alkoholprodukte auf dem polnischen Markt aufgetaucht, die optisch an Fruchtpürees und Frühstückssnacks erinnern, die sich häufig an Kinder und Jugendliche richten. Dies löste in der Öffentlichkeit Empörung aus, da befürchtet wurde, dass solche Verpackungen zum versehentlichen Konsum durch Minderjährige führen könnten. Ein Supermarkt in Poznań verkaufte mit

Alkohol versetzte Eislutscher. Der Gesetzentwurf des Gesundheitsministeriums sieht neue Beschränkungen für die Formen vor, in denen Alkohol verkauft werden darf. Alkoholische Produkte wie Mousse, Kristalle, Gummibärchen oder andere nicht flüssige Produkte werden verboten sein. Außerdem werden Aussehen und Inhalt der Verpackungen von alkoholischen Getränken strenger geregelt, um sicherzustellen, dass sie nicht ansprechend oder irreführend sind. Es werden zusätzliche Vorschriften eingeführt, um die Werbung für Alkohol einzuschränken.

Norwegen: Regierung will Mindestalter für soziale Medien auf 15 Jahre anheben

Derzeit besagt das Gesetz über personenbezogene Daten, dass man 13 Jahre alt sein muss, um der Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten durch soziale Medien zuzustimmen. Trotzdem nutzen laut der norwegischen Medienbehörde 53 % der Neunjährigen, 58 % der Zehnjährigen und 72 % der Elfjährigen soziale Medien.

Spanien: Regierung bereitet Legalisierung von Hunderttausenden Migrant:innen vor

Alle vor 2024 eingetroffenen Flüchtlinge und Migrant:innen, deren Asylanträge abgelehnt wurden, zu legalisieren – das ist das Ziel eines Gesetzentwurfes, den die Regierung derzeit finalisiert. Die Anzahl der davon betroffenen illegalen Migrant:innen in Spanien wurde 2023 auf 686.000 geschätzt. Der spanische Ministerpräsident, Pedro Sánchez, verteidigte die Notwendigkeit der legalen Einwanderung damit, den Arbeitsmarkt des Landes zu stärken und zur Nachhaltigkeit des spanischen Rentensystems und Sozialstaats beizutragen.

Weitere Nachrichten

WHO und UNICEF: zweiter Teil der Impfkampagne gegen Kinderlähmung in Nord-Gaza verschoben

Dank befristeter Waffenruhen konnte die erste Dosis der Impfung gegen Kinderlähmung im Gazastreifen verabreicht werden, und auch die nötige zweite Dosis der Schluckimpfung erhielten 442.855 Kinder unter zehn Jahren im südlichen und mittleren Gaza. Doch im Norden Gazas sahen sich die WHO und UNICEF nun aufgrund unzureichender Zusicherungen einer humanitären Waffenpause gezwungen, die zweite Impfung von 119.279 Kindern auszusetzen. WHO und UNICEF betonen, dass eine Verzögerung der zweiten Dosis die Wirksamkeit der Impfung vermindere und zu einer weiteren Verbreitung der Kinderlähmung in Gaza und benachbarten Ländern beitragen könne. Daher sei es entscheidend, den Abschluss der Impfkampagne zu ermöglichen.

- [WHO und UNICEF: Intense bombardments, mass displacements and lack of access in northern Gaza](#) 

23 NGOs fordern Stärkung des Kommissionspostens für Gleichheit und Antidiskriminierung

Für eine gemeinsame Stellungnahme haben sich 23 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengetan, darunter AGE, Eurochild und das European Anti-Poverty Network. Sie bedauern, dass der Zuständigkeitsbereich für Gleichheit, für den Hadja Lahbib vorgeschlagen ist, nicht mit dem Bereich Justiz und Rechtsstaatlichkeit verknüpft sei. Es fehle ein umfassendes Mandat, den Kampf gegen Diskriminierung zu leiten, sowie eine Untersetzung durch die Abteilungen DG JUST and DG EMPL der Kommissionsverwaltung.

- [Joint Statement on the new Commissioner in charge of Equality](#)  

COFACE Families Europe: Aufruf zu mehr Anerkennung und Unterstützung für pflegende Angehörige

Zum Internationalen Tag der Pflege und Unterstützung am 29. Oktober wies COFACE Families Europe auf die Bedeutung der Angehörigen in der Pflege hin. Die COFACE stellt die aktuelle Situation der Pflege aus Sicht der Familien dar. Sie betont die oft nicht sichtbare Arbeit der pflegenden Angehörigen und fordert den Aufbau und Ausweitung der notwendigen Unterstützungsstrukturen sowohl für die pflegebedürftigen Personen als auch für die pflegenden Angehörigen. In dem Zusammenhang hat sie auch ihre überarbeitete "Charter for Family Carers" veröffentlicht. COFACE fordert dazu auf, der vollständigen Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben eine hohe Priorität einzuräumen sowie die EU-Pflegestrategie konsequent umzusetzen.

- [COFACE Disability: Who's caring for the carers?](#) 

Neue Coalition for Fertility soll für eine inklusive Fruchtbarkeitsbehandlung kämpfen

Eine Gruppe von 12 Organisationen hat die 'Coalition for Fertility' ins Leben gerufen. Unter dem Motto "Right to Found a Family" fordert die Koalition unter anderem einen universellen Zugang zu Fertilitätsdienstleistungen und einen Ansatz für „Fertility in all Policies“. Ungewollte Kinderlosigkeit solle ein wichtiges Thema jeder Politik werden. Zu den Gründern gehören unter anderem Fertility Europe, das European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights, das European Patients' Forum und der Dachverband von LGBTI-Gruppen, ILGA Europe.

- [Coalition for Fertility](#) 

Berichte und Studien

Studie zur zeitlichen Verschiebung von Meilensteinen des Lebens in Europa

Eine Studie der Universität Trento zeigt, dass in ganz Europa ein hoher sozioökonomischer Status der Eltern positiv mit einem verzögerten Eintritt in den Arbeitsmarkt, der Gründung einer Partnerschaft und dem Gebären von Kindern verbunden ist. Diese Übergänge erfolgten in West- und Nordeuropa oft zusammen mit dem Verlassen des Elternhauses, während in Ost- und Südeuropa junge Leute oft trotz dieser Übergänge im Elternhaus blieben oder sogar dorthin zurückkehrten. Frauen erleben in allen Generationen alle Übergänge früher als Männer, mit Ausnahme des ersten Arbeitsplatzes. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede seien jedoch bei Personen mit Eltern mit hohem Sozialstatus deutlich geringer.

- [Zur Studie](#) 

Ausschuss für Sozialschutz: Bericht zur sozialen Leistungsfähigkeit und Langzeitpflege in der EU

Der Ausschuss für Sozialschutz (SPC) der Europäischen Kommission hat seinen Bericht zur Überprüfung der sozialen Leistungsfähigkeit in der Europäischen Union (EU) vorgelegt. Thematischer Schwerpunkt in diesem Jahr ist die Langzeitpflege. Der Bericht liefert eine sozialpolitische Analyse im Vorfeld des Europäischen Semesters, in dessen Rahmen die Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik koordinieren.

- [Social Protection Committee \(SPC\): Review of the Social Protection Performance Monitor 2024](#)  

Eurostat: Equality statistics in the European Union – 2024 edition

Der Bericht enthält Daten zur sozialen Gleichheit in der EU unter anderem in den Bereichen Demografie, gesunde Lebensjahre, frühkindliche Erziehung, Arbeitslosigkeit, Armut und erlebte Diskriminierungen. Beispielsweise leben 16,8 % der EU-Bevölkerung in überbelegten Wohnungen. Eine Wohnung gilt als überbelegt, wenn z. B. das Wohnzimmer einem Paar auch als Schlafräum dient, sich drei oder mehr Kinder ein Kinderzimmer teilen müssen oder ein Bruder und eine Schwester im Teenageralter ein Zimmer teilen. Lettland hatte 2023 mit 40,9 % unter 30 europäischen Ländern den höchsten Anteil an überbelegten Wohnungen, gefolgt von Rumänien (40,0 %) und der Türkei (38,1 %). Deutschland lag mit 11,4 % deutlich unter dem EU-weiten Wert von 16,8 %. In Deutschland waren Erwachsene mit ausländischem Pass weit überdurchschnittlich betroffen (30 %), außerdem Alleinerziehende und armutsgefährdete Personen (je 27 %) sowie Stadtbewohner:innen (17 %).

- [Eurostat: Equality statistics in the European Union – 2024 edition](#)  
- [DeStatis: 17 % der EU-Bevölkerung leben in überbelegten Wohnungen](#)

rEUsilience: Armutsprävention durch Steuer- und Sozialleistungssysteme in sechs Ländern

Das Projekt rEUsilience (mit COFACE als Partner) hat eine Studie über die Anspruchsberechtigung und die Angemessenheit von Leistungen für Familien im Steuer- und Sozialleistungssystem veröffentlicht. Analysiert werden die Steuer- und Sozialleistungssysteme von Belgien, Kroatien, Polen, Spanien, Schweden und dem Vereinigten Königreich unter anderem daraufhin, ob sie als „automatische Stabilisatoren“ das Einkommen schützen und das Armutsrisiko für eine Reihe unterschiedlicher Haushalts- und Familientypen verringern.

- [rEUsilience: Eligibility and benefit adequacy for families in the tax-benefit system](#) 

OECD: Langzeitpflege kostet Pflegebedürftige 70 % ihres Einkommens

Laut einem OECD-Bericht wird aufgrund der Bevölkerungsalterung der Bedarf an Hilfe für ältere Menschen bei alltäglichen Aktivitäten in den OECD-Ländern bis 2050 um mehr als ein Drittel zunehmen. Ältere Menschen mit Langzeitpflegebedarf seien häufiger weiblich, 80 Jahre und älter, lebten in Single-Haushalten und hätten ein geringeres Einkommen als der Durchschnitt. Derzeit seien in den OECD-Ländern aufgrund der öffentlich finanzierten Langzeitpflegesysteme fast die Hälfte der älteren Menschen mit Pflegebedarf von Armut bedroht, insbesondere diejenigen mit schwerem Pflegebedarf und geringem Einkommen. Der Eigenanteil an den zu zahlenden Kosten machte im OECD-Durchschnitt 70 % des mittleren Einkommens einer älteren Person aus.

- [OECD: Is Care Affordable for Older People?](#) 

International Network on Leave Policies and Research: 20. Bericht zu Familienzeitpolitiken

Die Ausgabe 2024 des Berichts deckt 51 Länder ab, einschließlich der meisten Länder Amerikas und Europas. Für jedes Land gibt es einen ausführlichen Länderbericht, der die verschiedenen Arten von Familienzeiten und flexibler Arbeit, die Inanspruchnahme von familiären Auszeiten, die Zusammenhänge zwischen Familienzeit und frühkindlichen Betreuungseinrichtungen sowie die tatsächlichen Veränderungen im letzten Jahr behandelt.

- [International Network on Leave Policies and Research: International Review of Leave Policies 2024](#) 

Studie über nationale Strategien der Familienpolitik und ihre Auswirkungen auf die Fertilität

Die Studie der Universität Turku untersucht die Auswirkungen familienpolitischer Maßnahmen auf die Geburtenrate in Finnland, Deutschland und dem Vereinigten Königreich, insbesondere Mutter-, Väter- und Elternzeit sowie den entsprechenden Einkommensersatz, Kindergeld und steuerlichen Maßnahmen. Anhand von Daten aus den Jahren 1995 bis 2015 wurde bewertet, wie diese Maßnahmen den Übergang zu Erst- und Zweitgeburten beeinflussen. Sie bilanziert unter anderem, dass ihre Wirksamkeit je nach nationalem Kontext und dem Bildungshintergrund der Frauen variiert. So hätte zum Beispiel in Finnland eine längere Vaterschaftszeit höhere Geburtenraten bei Frauen mit hohem Bildungsniveau gefördert, während Frauen mit niedrigerem Bildungsniveau eher von finanziellen Anreizen wie Kindergeld beeinflusst worden seien.

- [Sehar Ezdi et al.: Childbearing under different family policy schemes](#) 

UNICEF: Familien in Europa zusammenhalten anstatt Kinder von ihren Familien zu trennen

Das Kinderhilfswerk UNICEF hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 den Bedarf an Heimerziehungseinrichtungen in Europa vollständig zu beseitigen. Der Weg dorthin schein jedoch komplex und lang zu sein. Laut Berechnungen des Berichts seien in Europa 337.287 Minderjährige (0-17 Jahre) in Aufnahmeeinrichtungen untergebracht und von ihren Herkunftsfamilien getrennt – fast ein Viertel davon in Deutschland (77.984).

- [UNICEF: Keeping families together in Europe](#)  

Toy Industries of Europe: 80 % der online von Drittanbietern verkauften Spielzeuge unsicher

Eine neue Studie des Herstellerverbands Toy Industries of Europe hat ergeben, dass etwa 4 von 5 Spielzeugen, die von Drittanbietern auf Online-Marktplätzen verkauft werden, nicht den EU-Sicherheitsstandards entsprechen (s. zu diesen zuletzt [AGF-EuropaNews 3/24](#)). Bei Amazon waren 10 von 25 getesteten Spielzeugen für Kinder gefährlich, bei Temu 19 von 25, bei AliExpress 10 von 14 sowie bei Shein und mehreren kleineren Marktplätzen alle getesteten Spielzeuge.

- [Toy Industries of Europe: 80% of toys bought from third-party traders on online marketplaces fail](#) 

Studie: Steigende Hitze schadet der mütterlichen und reproduktiven Gesundheit

Eine neue Studie von Future Earth, der Erdliga und dem Weltklimaforschungsprogramm in Zusammenarbeit mit der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) stellt fest, dass die durch den Klimawandel verursachten Hitzewellen in der ganzen Welt zu Komplikationen in der Schwangerschaft und der reproduktiven Gesundheit führen, einschließlich Frühgeburten und Fehlgeburten. Für die bevorstehende COP 29 in Baku, Aserbaidschan, beziehen sich 27 der 119 Nationally Determined Contributions (NCDs) – die die Anstrengungen der einzelnen Länder zur Reduzierung der nationalen Emissionen darstellen – auch auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit.

- [Future Earth, Earth League et al.: 10 New Insights in Climate Science](#) 

Lancet-Kommission: vorzeitige Todesfälle bis 2050 halbieren, inkl. Haupttodesursachen für Kinder

Eine der weltweit führenden medizinischen Fachzeitschriften, The Lancet, hat eine wissenschaftliche Kommission eingesetzt, die auf dem Weltgesundheitsgipfel in Berlin empfohlen hat, bis 2050 die Todesfälle unter einem Lebensalter von 70 Jahren in allen Ländern zu halbieren. Dies könne durch eine Konzentration auf 15 vorrangige Erkrankungen erreicht werden. In Ländern mit hoher vorzeitiger Sterblichkeit beträfe das die Neugeborenen- und Müttergesundheit (2021 zusammen 2,0 Millionen Todesfälle) sowie Infektionskrankheiten wie HIV/AIDS, Tuberkulose oder Malaria (zusammen 2,6 Millionen). In allen Ländern gehe es insbesondere um Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, chronische Atemwegserkrankungen, Demenz sowie Verkehrsunfälle. Letztere sind für Kinder und Jugendliche von 5 bis 19 Jahren global, in der EU und in Deutschland die Todesursache Nr. 1 (weltweit 123.000 Todesfälle in der Altersgruppe).

- [Lancet Commission on Investing in Health: Global health 2050](#)  (Registrierung nötig)
- [Daten: Global Burden of Disease Study](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
7. November 2024, online	Protecting the Rights of Trans and Intersex People in Europe: Recent Policies and Case Law in the EU	Academy of European Law (ERA)
14. November 2024, online	Preventing institutionalisation of children: strengthening families and building community-based alternative care	European Expert Group on the transition from institutional to community-based support
14.-16. November 2024, Malta	2024 ICCFR Conference: Intergenerational Perspectives in Families – Challenges and Opportunities	ICCFR
17. November 2024	World Day of Remembrance for Road Traffic Victims	UN
18. November 2024	World Day for the Prevention of and Healing from Child Sexual Exploitation, Abuse and Violence	UN, Europarat
20. November 2024	World Children's Day (70 Jahre)	UN
22. November 2024, Budapest	International conference on single parent families	Single Parents' Centre of Budapest
25. November 2024	International Day for the Elimination of Violence against Women	UN, Europarat
27. November 2024, Brüssel und online	Protecting Europe's most vulnerable through sustainable and affordable housing	European Economic and Social Committee (EESC)
3. Dezember 2024, Brüssel	Civil society in the European Semester	Solidar

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
4. Dezember 2024, Brüssel	A principled approach – How can we help young people to thrive and be safer online?	Euractiv
30. Januar 2025	Auf dem Weg zur Autonomie? Kinder im öffentlichen Raum: zwischen Risiko, Schutz und Emanzipation	Pro Familia Schweiz und Universität Freiburg
6.-7. Februar 2025, Malta	1st International Conference on Strong Blended Families	The Malta Foundation for the Wellbeing of Society und University of Malta
6.-8. März 2025, Wuppertal	30. Jahrestagung der GAIMH – Gemeinsam stark: Förderung von Bindung und Autonomie	German Speaking Association for Infant Mental Health

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v. i. S. d. P.)

Gefördert vom:

